

Franz Segbers

„... und vergib uns unsere Schuld.“

Schuld, Schulden und Verschuldung. Wer ist schuld?

Linz, Betriebsseelsorgeseminar am 11. Mai 2012

Christen, Juden und Muslime stehen in einer Jahrhunderte alten Tradition eines Schuldenerlasses. Wenn sie diese Tradition in Erinnerung rufen, dann demaskieren sie menschenverachtende Verschuldungskrise. Über den Schuldenerlass zu sprechen, heißt angesichts der desaströsen Finanzpolitik, Hoffnung zu stiften. Tora, Bibel und Koran haben einen Schatz: Ein Schuldenerlass ist nicht utopisch sondern angesichts drückender Schulden ethisch geboten – und auch ökonomisch vernünftig.

Die sozialen Errungenschaften von Athen über Madrid bis Lissabon werden in Frage gestellt, Löhne und Renten werden gekürzt, Staatsbedienstete entlassen, Tarifverträge zerschlagen und reguläre Beschäftigung entsichert, damit die Finanzmärkte zufrieden sind - sonst droht Ungemacht. Während in Griechenland der ungeliebte Sozialstaat zerstört wird, konstatierte der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, im Wallstreet Journal: „Das Sozialstaatsmodell hat ausgedient. Oberstes Ziel muss es sein, das Vertrauen der Finanzmärkte wieder herzustellen.“ (22.2.2012) Mario Draghi versteht also die sog. Schuldenkrise als Hebel für einen europäischen Systemwechsel, sich vom Sozialstaat und seinen zivilisatorischen Errungenschaften loszusagen. Was in Griechenland passiert, geschieht exemplarisch für das gesamteuropäische Projekt einer sozialstaatlich unterlegten Demokratie. Draghi macht einen Reihenfolge deutlich: Vorrang gegenüber der Demokratie hat das „Vertrauen der Finanzmärkte“. Gegenüber dem „Vertrauen der Finanzmärkte“ sollen Sozialstaat und Demokratie zurücktreten. Sich an diesem Ziel unbedingt anzupassen gilt als vernünftige Politik. Erschüttert ist das „Vertrauen an die Finanzmärkte“ dadurch, dass diese einen Verlust ihrer Guthaben befürchten. Sie konnten bislang ihr Vermögen durch Staatsanleihen und Verschuldung Griechenlands mehren. Deshalb heißt „Vertrauen in die Finanzmärkte“ in der Sache, dass die bisherige Politik der Vermögensvermehrung weiterhin oberstes und einziges Ziel bleiben soll.

Die Rettungsmaßnahmen für Griechenland, Portugal oder Italien erinnern an die unerträglichen Strukturanpassungsprogramme, die der Internationale Währungsfonds den lateinamerikanischen Ländern in den 80er Jahren aufgenötigt hatte. Die Industrienationen hatten den Ländern in Lateinamerika eine kreditfinanzierte industrielle Entwicklung empfohlen. Als jedoch die Zinsen stiegen, gerieten die Länder in eine Verschuldungsspirale, die zu Hunger, Armut, Not und Arbeitslosigkeit führten. Es floss mehr Kapital vom armen Süden in den reichen Norden als der reiche Norden Finanzhilfe gewährt hatte. In der sich abzeichnenden Krisenbewältigung wiederholt die EU diese Politik. Was Europa den anderen angetan hat, schlägt nun auf Europa zurück.

Die Finanzmärkte sind keineswegs Millionen einzelne Marktakteure sondern vielmehr institutionelle Anleger wie Hedgefonds oder Pensionsfonds, die eine ökonomische und politische Macht entwickeln. Sie bildet eine Finanzoligarchie, welche die derzeit herrschende Weltmacht darstellt. So stellt die us-amerikanische Bank Goldman Sachs mittlerweile in Europa einige führende Politiker: Mario Draghi, der Präsident der EZB, der griechische Präsident Papademos und der italienische Präsident Monti. Der jetzige us-amerikanische Finanzminister war Mitarbeiter von Goldman Sachs. Und es sei daran erinnert, dass es die Bank Goldman Sachs war, die Griechenland dabei geholfen haben soll, einen Teil seiner Staatsschulden zu verschleiern, um überhaupt in den Euroraum aufgenommen zu werden. Man kann also dem „Handelsblatt“ nur beipflichten, das in einem Kommentar zur Berufung von Papademos von einem „stillen Putsch“ spricht, denn nun „bekommen die Finanzmärkte, was sie wollen“ (Handelsblatt 16.11.2011). Finanztechnokraten wurden eingesetzt, nachdem Griechenlands Premier es gewagt hatte, ein Referendum zu stellen und man Erfahrungen mit einem Referendum in Island hatte. Finanzmärkte mögen keine Demokratie und Beteiligung der Menschen, die für den Schuldendienst einstehen müssen. Die Bezeichnung „Technokraten“ für die Exekutoren einer derart undemokratischen Politik wie in Italien oder Griechenland ist ein zynischer Euphemismus für Finanzlobbyisten, die im Namen der Finanzoligarchie fungieren. Für den Schuldendienst wird die Demokratie geopfert. Dies ist nichts weniger als eine die Abkehr von den europäischen Idealen. Dies zeigt, dass es bei der Finanzkrise um mehr als um ein finanztechnisches oder wirtschaftspolitisches Problem geht, das man getrost zur Lösung den Ökonomen überlassen könnte.

Dort, wo keine Finanztechnokraten wie in Italien oder Griechenland die Regierung stellen, greifen jetzt der europäische Fiskalpakt und die Schuldenbremse. Der Pakt schreibt vor, dass der Schuldenstand muss mittelfristig auf maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) reduziert werden. Fiskalpakt heißt: Jeder Steuer-Cent muss zuerst für die Schuldentilgung verwendet werden. Erst danach dürfen Steuereinnahmen für die Finanzierung des öffentlichen Lebens genutzt werden. Der Pakt zementiert den Sparkurs und macht Sozialabbau zum Staatsziel. Es herrscht ein unbedingter kategorischer Imperativ: Die Schulden müssen unter allen Umständen bezahlt werden, wie hart es die Menschen auch treffen mag. Dafür werden die Arbeitsrechte und sozialen Standards des Sozialstaates geopfert, die in Jahrzehnten erkämpft worden sind.

Was meinen wir, wenn wir von Verschuldung reden?

Keiner lebt für sich allein. Dass wir existieren, verdanken wir nicht uns selber. Wir verdanken Bildung und Erziehung den Eltern, Erziehern oder Lehrern. Unsere Sprache und unsere Kultur, die Art zu essen und uns zu kleiden – alles das haben wir von anderen Menschen übernommen. Das Leben eines jeden ist eingebunden in ein ganzes Netz von „Verbindlichkeiten“. So wird ein jeder sicherlich auf die eine oder andere Weise bereits in seinem Leben einem anderen etwas schuldig geblieben oder geworden sein. Wir sind alle auf irgendeine Weise Schuldner eines anderen. Wir können auch nicht alles entgelten, was wir einander schulden. Und deshalb schulden wir einander viel und vieles – und nicht nur ökonomische Schulden. Wie der Wortstamm „Schulden“ besagt, ist mit Schulden gemeint, dass Menschen einander in Verpflichtung stehen.

Der „Duden“ nennt vier Bedeutungsebenen für das Wort „Schuld/-en“. Schuld meint zunächst die Verantwortung für etwas Unangenehmes oder ein Unglück, Schuld bezeichnet dann auch eine Tat, bei der jemand gegen Werte oder Normen verstößt, schließlich geht es um eine finanzielle Schuld, bei der jemand einem anderen Schulden hat und viertens ist man jemandem zu Dank verpflichtet. So können sich Menschen manches schulden und in Schuld zueinander stehen, wie es sprichwörtlich heißt: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“

Es gibt viele Verbindlichkeit, die sich Menschen einander schulden, doch eine Art, bei der ethische Maßstäbe von ansonsten zivilisierten Menschen nicht mehr gelten und außer Kraft gesetzt werden. Um ausstehende finanzielle Schulden einzutreiben, wurden Menschen in der Antike versklavt oder in Schuldknechtschaft gesteckt. Heute wird der Zwang nicht weniger unerbittlich ausgeübt. Da gibt es sog. „Geierfonds“, die mit äußerster Brutalität Geschäfte mit dem Elend ganzer Staaten machen: So der amerikanische Hedgefond Donegal, der 1999 einen 15 Mio. Dollar Kredit, den das bitterarme Land Sambia zu tragen hatte, aufgekauft hatte. Der Fond erwarb den Kredit zu einem Spotpreis von 3 Mio. Dollar, klagte Tilgung, Zinsen und Verzugszinsen in der Höhe von 55 Mio. Mio. Dollar ein. Am Ende wurde aus der Kaufsumme von 3 Mio. Dollar ein menschenverachtendes Geschäft, das 17 Mio. Dollar erbrachte. Was Geierfonds für Afrika erledigen, vollzieht die Troika aus EZB, Währungsfond und Europäischer Kommission – nur mit feineren Mitteln. Doch Griechenland wird nicht weniger unerbittlich in bittere Armut gestürzt, nur damit die Schulden bezahlt werden. In Griechenland breiten sich weiter Hunger und Verzweiflung aus. Renten werden gekürzt, Löhne abgesenkt, das Gesundheitswesen zurückgefahren. Der Mindestlohn und die Arbeitslosenunterstützung werden drastisch gekürzt. Die 73 Milliarden Euro Hilfskredite, welche die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) nach Griechenland überwiesen haben, dienen zu nichts anderem als zur Bedienung der Kreditgeber, die außerhalb Griechenlands sitzen. Gerettet werden die Banken. Weder Europa noch Bürger Europas profitieren – so der deutsche Ökonom Max Otte – sondern die Banken. Schuldentrückzahlung bekommt den Rang eines Menschenrechts. Das meint jedenfalls ein Hedgefond, der laut der New York Times vom 19. Januar 2012, gegen einen Teilschuldenerlass beim Europäischen Gerichtshof in Straßburg mit der Begründung klagen will, da die Menschenrechte der Anteilseigner verletzt würden.

Schuldnerberater wissen zu berichten, wie es auch Privatschuldnern geschehen kann, wenn eine ursprüngliche überschaubare Verschuldungssumme durch Zinsen, Mahngebühren, Verzugsschulden und Inkassogebühren sich um ein mehrfaches erhöhen kann. Fragen wir also: Warum sind Bürger und Staaten innerhalb Europas so unerbittlich gegeneinander, gerade wenn es um die Schuldentrückzahlung geht? Wie kommt es, dass die Schulden alle moralischen Bedenken verdrängen können und ein Verhalten legitimieren kann, das ansonsten ethisch völlig inakzeptabel ist?

Moralische Schuld und Geldschulden

Schuldet jemand einem anderen Menschen einen Gefallen oder sogar sein Leben – dann gilt die Schuld speziell für diesen Menschen. Doch anders ist es beim Geld: Durch Geld wird eine wechselseitige Verpflichtung von Menschen zu einer abstrakten unpersönlichen Schuld, die sogar übertragen und verkauft werden kann, wenn sie eingetrieben werden soll. Wenn man

10.000 Euro zu einem Zinssatz von 5 Prozent schuldet, ist es egal, wer der Gläubiger ist. Die Schulden müssen mit Zins und Guthaben bedient werden. Was Menschen einander schulden wird zu einem bloß abstrakten Zahlenwerk von „Schulden“. „Schulden“ aber sind viel mehr. Sie sind nicht nur eine geldliche Schuld, sondern auch eine Verpflichtung, die als moralische Waffe eingesetzt werden kann - und das seit der Zeit Mesopotamiens vor 4000 Jahren. Seit den frühen Hochkulturen und mit dem Aufkommen der Geldwirtschaft werden Schulden zu einer moralischen Verpflichtung, deren Einhaltung mit aller Macht und Gewalt durchgesetzt wird.

Der amerikanische Soziologe David Graeber ist den Schulden in der Geschichte nachgegangen und hat herausgefunden, dass der Kampf um die Rückzahlung von Zinsen im Grunde immer ein Kampf zwischen Arm und Reich ist. In einer Gesellschaft, die in Arm und Reich gespalten ist, müssen die einen sich verschulden, um überhaupt überleben zu können, und die anderen sind reich genug, Geld zu verleihen – und profitieren davon. Schulden spiegeln also im Grunde den Konflikt zwischen Arm und Reich wider als Konflikt zwischen Schuldner und Gläubiger, der jedoch moralisch als eine einzulösende Schuld verdeckt wird. Wer diese Schuld nicht einlöst, der macht sich schuldig. Der Arme steht in Schuld der Reichen. Wer Geld verleiht, der tut dies nicht als Wohltäter und uneigennützig. Er verfolgt dabei Eigeninteresse. Ohne die Verschuldung der Armen könnte er nämlich seinen Reichtum nicht mehren. Doch genau dieser Sachverhalt wird umgedeutet und unsichtbar gemacht. Der Verschuldete, der dazu beiträgt, dass der Reiche sein Vermögen nur über ihn mehren kann, der lädt eine moralische „Schuld“ auf sich.

Bezeichnenderweise sind in allen indo-germanischen Sprachen die Wörter für „Schulden“ Synonyme für „Sünde“ und „Schuld“. Zahlreiche Wörter aus dem Finanzwesen haben religiöse Ursprünge. So hat jemand „Schulden“ und kann in „Schuld“ stehen. Da gibt es Gläubiger und einen Kredit, und in der Kirche wird das Credo gebetet. Im Vater-unser wird um die Vergebung der Schulden gebetet. Schulden sind im Kern ein ethisch-moralisches Prinzip.

Warum kann man Schulden mit einer solchen Härte und Unnachgiebigkeit eintreiben, dass dadurch andere Menschen in Not und Elend stürzen können? Schulden scheinen rechtlich und moralisch ein Verhalten zu rechtfertigen, das ansonsten nicht legitimiert wäre und sogar moralisch zu „neutralisieren“. Fragen wir also: Wer ist schuld bei wem und woran?

Verschuldung allerorten: Ganze Erdteile, Länder und Individuen sind verschuldet

Banken sind Einrichtungen, die sich selbst verschulden, um andere zu verschulden und dabei kräftig, manchmal unverschämt, verdienen. Diese zugegeben provokant angesetzte Formulierung kann auf einen zentralen Tatbestand aufmerksam machen: Schulden, weder die von Staaten noch die von Einzelpersonen, sind kein Betriebsunfall oder ein auf moralisch unverantwortliches Handeln von einzelnen Subjekten zurückführbares Phänomen, sondern Schulden sind ein unvermeidlicher und sogar unverzichtbarer Faktor des Finanzkapitalismus.

Direkt nach der Wirtschaftskrise im Herbst 2008 brachte Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Erklärungsfigur für die weltweite Finanzkrise in Gespräch. „Man hätte einfach nur die schwäbische Hausfrau fragen sollen. Sie hätte uns eine Lebensweisheit gesagt: Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben.“ Die kluge Hausfrau aus Schwaben lebt nicht

über ihre Verhältnisse, sie legt etwas auf die hohe Kante, um sich irgendwann den Traum vom eigenen Häusle verwirklichen zu können. Auf jeden Fall hätte sie sich nicht dermaßen verschuldet.

Die schwäbische Hausfrau ist Symbol für eine vermeintlich einleuchtende Ursachenanalyse für die Verschuldung. Schuld seien der Staat und letztlich die Bürgerinnen und Bürger, die „über ihre Verhältnisse gelebt hätten“ und unschuldig ist das Finanzsystem. Doch tatsächlich diese Einschätzung ist aus zwei Gründen nicht haltbar und vollkommen absurd. Ein Blick auf die Verschuldungsquote zeigt, dass bis zum Ausbruch der Finanzkrise 2007 die Schuldenstandsquote gefallen ist – besonders in den späteren Krisenländern Irland und Spanien. Erst mit Beginn der Weltwirtschaftskrise sind die Schulden wieder durch Bankenrettung und Konjunkturprogramme gestiegen. Hier hat niemand über seine Verhältnisse gelebt, sondern schuld ist die Bankenkrise. Sie wurde mit einer ungeheuren Verschuldung, die der Staat eingegangen ist, gerettet.

Dabei hatte noch 1996 der Chef der Deutschen Bundesbank Hans Tietmeyer auf dem *World Economic Forum* in Davos den versammelten Regierungschefs und Konzernchefs unverhohlen klargemacht, wer regiert: „Die meisten Politiker sind sich immer noch nicht darüber im Klaren, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“ Was Tietmeyer 1996 ankündigte, ist längst Realität geworden und wird als vernünftige Politik unter dem Motto exekutiert, das Vertrauen der Finanzmärkte zu sichern. Dies bedeutet nichts anderes, als dass die Banken die demokratisch gewählten Regierungen zu einer Politik der Anpassung an die Interessen der Finanzoligarchie zwingen. Genau das hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel bestätigt, als sie in der Debatte über die Griechenlandhilfen sagte: „Wir leben ja in einer Demokratie und das ist eine parlamentarische Demokratie und deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments und insofern werden wir Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist.“

Diese Macht, die demokratisch gewählten Regierungen eine Politik abnötigt, die den Interessen der Finanzoligarchie entspricht, wird verschwiegen und verdeckt, indem von der Schwäbischen Hausfrau gesprochen wird. Die schwäbische Hausfrau und alle Politiker, die sich an dieser Leitfigur orientieren, täuschen sich aber in einem noch gewichtigeren Punkt: In einer Familie kann man nur ausgeben, was sie einnimmt. Doch ein Staatshaushalt funktioniert aber gerade umgekehrt: Geldvermögen der einen sind immer Schulden der anderen. Verschuldung der einen ist das Spiegelbild der Vermögen der anderen. Mit der Begriffsbildung „Staatsschuldenkrise“ wechselten die Schuldigen. Die Staaten, welche die Banken gerettet hatten, sind nun die Schuldigen und die Banken, welche die Krise erzeugt hatten, sind aus dem Blickfeld. Jetzt heißt es, dass die Staaten mit den Bürger die Schuldigen sind, die über ihre Verhältnisse gelebt hätten.

Schulden sind nützlich

Schulden und Guthaben sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Der Kreditgeber braucht den Schuldner, denn ohne ihn könnte er sein Vermögen nicht vermehren. Die Guthaben der Gläubiger sind fiktive Vermögen, die erst dann zu realen Vermögen werden können, wenn sie bedient und zurückgezahlt werden. „Vertrauen der Finanzmärkte“, das nach Mario Draghi oberstes Ziel der Politik sein soll, meint diese Umwandlung von fiktiven Vermögen in

reale Vermögen und die Schuldner auch ihre Schulden plus Zinsen zahlen. Doch Schulden sollen und dürfen nicht „verschwinden“, denn dann würde eben jener Prozess der Vermehrung des Vermögens gestoppt. Deshalb ist auch die Ausdehnung von Schuldverhältnissen und nicht die Tilgung von Schulden das systemische Ziel der Finanzoligarchie. Der Schuldenspirale der Schuldner entspricht deshalb auch eine Vermögensspirale auf Seiten der Gläubiger. Sie müssen nämlich für die fortwährende Vermögenssteigerung zusätzliche und fortwährende Verschuldung der Schuldner durchsetzen, die diese in eine Schuldenspirale gefangen hält.

Was Schuldenkrise genannt wird, ist keine Krise der Schuldner sondern eine Krise der Finanzoligarchie, die darin besteht, dass die Vermehrung ihres Vermögens in die Krise gekommen ist. Deshalb sollen nun die Bürgerinnen und Bürger mittels Rettungsschirmen, Haushaltskürzungen, Schuldenbremsen oder Fiskalpakt an die Finanzoligarchie zahlen, damit der Prozess der Vermehrung der Vermögen in Gang bleibt. Das Vermögen der Finanzoligarchie soll gerettet werden zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger. Mit der Umdeutung der Krise der Finanzoligarchie in eine Schuldenkrise, die dadurch ausgelöst worden wäre, dass die Bürgerinnen und Bürger über ihre Verhältnisse gelebt hätten, wird die Umwandlung privater Schulden in öffentliche Schulden verdeckt.

Über 3 Mio. Privathaushalte sind in Deutschland überschuldet. Auslöser sind vor allem Arbeitslosigkeit, Trennung, unverantwortlicher Konsum oder eine gescheiterte Selbständigkeit. Die Verschuldung der privaten Haushalte ist im Verhältnis zu ihrem verfügbaren Einkommen nach 1995 deutlich gewachsen. Während die Löhne stagnierten, verschulden sich die Arbeitnehmer und versuchen, ihre Ausgaben für die eigene Wohnung, das Auto oder insgesamt für die Lebenshaltungskosten zu decken. Bezeichnenderweise entfiel der größte Teil der Verschuldung der privaten Haushalte auf Hypotheken für Eigenheime. Schließlich bekamen auch die Haushalte Hypotheken für den Kauf von Immobilien, die sie sich eigentlich nicht leisten konnten, wie die *Subprime-Krise* in den USA gezeigt hat. Darin lag letztlich der Kern des Hypothekenbooms gerade in den USA, denn die Hauskredite dienten nur zu geringen Teilen tatsächlich dem Bau und Kauf neuer Häuser. Wenn die Ausgaben die Einnahmen übersteigen und Schulden aufgenommen werden, das Schuldenkarussell sich zu drehen. Es müssen neue Kredite aufgenommen werden, um den Schuldendienst leisten zu können. Dies gilt sowohl für die Schuldenkrise des Südens als auch für die Privatverschuldung. Die Zinsverpflichtungen sind sakrosankt. Sie dürfen nicht angetastet oder in Frage gestellt werden. Sie müssen unbedingt bedient werden. Doch - was sind die privaten Schulden von durchschnittlich 22.000 Euro pro Privatschuldner schon gegen die Staatsschulden, die allein in Europa 7.8 Billionen betragen!

Staatsverschuldung ist ein Ausdruck dafür, dass die Staatseinnahmen nicht mehr ausreichen, um den staatlichen Aufgaben gerecht zu werden. Anstatt aber nun die vermögenden Schichten und die Unternehmen in einem solchen Maße zu besteuern, dass der Staat über die nötigen Einnahmen verfügt, die ihn handlungsfähig machen, leiht der Staat sich bei den Wohlhabenden, die er zuvor steuerlich entlastet hat, Geld und bezahlt ihnen dafür auf Kosten der Allgemeinheit attraktive Zinsen zurück. Deshalb schlägt sich die wachsende Staatsverschuldung und Zinslast spiegelbildlich bei den privaten Gläubigern nieder. Staatsverschuldung

ist eine lautlose und permanente Umverteilung von unten nach oben. Sie macht aber auch den Staat abhängig von den Gläubigern, bei denen er sich verschuldet.

Ökonomisch sind Schulden nötig. Der Kapitalismus lässt sich als ein kreditgetriebenes Wirtschaftssystem verstehen, das doppelgesichtig ist: Es schafft Wohlstand, indem es verschuldet. Deshalb sind die Schulden nützlich und notwendig. Verschuldung ist die Schattenseite – ausgetragen auf dem Rücken der Schwachen und Armen. Sie müssen den Wohlstand derer erarbeiten, die durch Geldbesitz ein leistungsloses Einkommen erzielen können. Zur Tilgung der Schulden, von denen die Reichen profitieren, werden die Armen herangezogen. Aus Schulden ist eine Schuld der Armen geworden.

Der Kreditnehmer muss seine Schuld begleichen und einen Zins bezahlen. Die Banken müssen unentwegt Kredite vergeben, wie die Kreditangst in der Krise gezeigt hat. Dadurch wird ein Prozess ewiger Schulden in Gang gesetzt. Sie können sich unendlich vermehren und machen Schulden zu Geld. Der (Finanz-) Kapitalismus braucht deshalb systemisch zum Funktionieren die Verschuldung - ob privat oder auch öffentlich.

Wie Verantwortung wahrnehmen angesichts strukturellen Verschuldungsmechanismen?

Der Chefermittler der Ursachen der beispiellosen Finanzkrise hatte im US Senat einen ehemaligen Banker gefragt. „Raubt es Ihnen nicht den Schlaf, wenn Sie daran denken, was Sie angerichtet haben?“ Dessen Antwort lautete: „Wir sind nicht verantwortlich, wirklich nicht. Sorry for that.“ Anders gesagt: Wir sind Opfer eines unberechenbaren Schicksals. Doch was passiert, ist kein Naturereignis wie ein Hurrikan, sondern die Folge von Handeln und Fehlverhalten sowie von Systemfehlern.

Wie aber steht es um die Verantwortung von Menschen in Systemen? Verantwortung ist etwas, das sich zwischen Personen vollzieht. Wie aber kann es dann von Verantwortung für Prozesse oder gar der Verschuldungsdynamik des Kapitalismus die Rede sein? Verantwortung lässt sich ethisch und rechtlich nicht anders denken denn als das Entstehen für eine begangene oder zu vollziehende Handlung, die jemand zugeschrieben werden kann. Beispiel: Ich fahre über eine rote Ampel. Ich verletze eine Regel. Deshalb muss ich mit der Folge leben: Strafe, wenn ich erwischt werde.

Eine wichtige Ursprungslinie des Verantwortungsgedanken führt zu Dietrich Bonhoeffer, der aus seiner Erfahrung im Widerstand neu und entscheidend über Verantwortung nachgedacht hat. Zur Verantwortung gehört für ihn, „dem Rad in die Speichen zu greifen, wenn der Kutscher betrunken ist“. Darin hat Bonhoeffer zwei Ebenen miteinander verbunden: Die Ebene der Analyse (der Kutscher ist betrunken) und die Ebene des handelnden Subjekts, das in die Speichen greifen muss.

Gewendet auf unser Problem der Verschuldung und Überschuldung von Menschen, Ländern und Völkern ist deshalb zu fragen: Ist der Kutscher betrunken – also das System verantwortungslos? Wer ist der Kutscher, der in die Speichen greifen kann und muss?

Ist der Kutscher betrunken – also das System verantwortungslos?

Schulden sind ein notwendiger Bestandteil der kapitalistischen Geldwirtschaft. Der Geldbesitzer braucht den Schuldner, damit sich sein Geldbesitz lohnt. Diese Feststellung besagt,

dass stärker als die von den Schuldnerländern und ihren Repräsentanten zu verantwortenden Ursachen, stärker als Regierungen, die die Staatsverschuldung nicht in den Griff bekommen, stärker noch als eine überschuldete Person, die mehr ausgibt als sie hat und den Geldrahmen des privaten Haushalts überschreitet - das globale Finanzsystem für die fortschreitende Überschuldung verantwortlich zu machen ist. Sie profitieren nämlich von den Schuldner, den sie brauchen, um ihr Vermögen vermehren zu können.

Die neoliberale Steuersenkungsmanie hat die Einnahmen des Staates reduziert und die Staatsaufgaben durch Verschuldung bei denen finanziert, denen der Staat zuvor die Steuern gesenkt hat. So verwundert es nicht, dass die Staaten auf private Banken und Finanzinstitute angewiesen sind, ihre Ausgaben zu finanzieren, da sie diese nicht durch Steuereinnahmen begleichen können. Schulden türmen sich auf, wenn Einnahmen und Ausgaben sich nicht im Gleichgewicht befinden.

Wer ist der Kutscher, der in die Speichen greifen kann und muss?

Worin aber besteht die Verantwortung in einem rechtlich, ökonomisch und politisch komplexen System wie der Finanzwirtschaft? Beispiel: Jemand kauft ein Auto. Das Auto ist Hauptversursacher der schädlichen Klimagase. Frage: Wer ist verantwortlich für eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes? Der Käufer eines Autos? Nicht allein der Käufer, auch der Hersteller. Aber nicht nur diese beiden, sondern auch die Politik. Sie ist gefordert, durch Gesetze die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes so regeln, dass diese Maßnahme nicht von der Einsicht des Käufers abhängt.

Dieses Beispiel zeigt, dass Verantwortung dann eine gefährliche Verkürzung darstellt, wenn diese sich vorrangig auf das persönliche Verhalten des Autokäufers gelenkt wird. Verantwortung in Systemen besteht darin, dass Menschen vorrangig für die Regeln und die Ordnung verantwortlich sind. Doch diese Verantwortung lässt sich zuordnen. Es ist die Politik, die für entsprechende Gesetze verantwortlich ist. Wer verlässlich den CO₂-Ausstoß reduzieren will, der kann nicht auf die ökologische Sensibilität des Autokäufers, das Geschäftsinteresse des Händler oder der Hersteller vertrauen. Ohne eine gerechte und gute Finanz- und Wirtschaftsordnung, die die Individuen von einer überbordenden Verantwortung entlastet, geht Verantwortung ins Leere. In diesem Sinne stellt die individuelle Verantwortung ein nachgelagertes Handlungsprinzip dar. Bürger stehen in der Verantwortung, die Politik zu drängen, eine entsprechende Rechtsordnung zu schaffen. Die Finanzmärkte sind das Ergebnis der wirtschaftlichen und politischen Macht der Finanzoligarchie. Die Politik ist die Lösung und auch das Problem. Es war die Politik, welche die Finanzmärkte dereguliert hat.

Im kulturellen Gedächtnis Europas: Der Schuldenerlass

Das Problem der Überschuldung ist nur in seiner Komplexität modern, insofern Verschuldung privater Haushalte, von Staatshaushalten oder der Verschuldung ganzer Staaten gegenüber Geldgebern ineinander übergehen. Ansonsten reicht das Problem der Überschuldung zurück bis in die frühen antiken Hochkulturen und den Beginn der Geldwirtschaft.

Es gibt eine Jahrtausend alte Tradition, die bis nach Mesopotamien zurückreicht und auch in der Bibel zu finden ist. Die Bibel stammt aus einer uns fremden Welt. In ihr war die Ökonomie selbstverständlicher Teil einer umfassenderen Lebenswelt. Nicht die Gesellschaft war

der Ökonomie unterworfen, sondern die Ökonomie war Teil des Lebens. Natürlich gelten auch dort ökonomische Gesetze: Wer Geschäfte macht, will nicht übers Ohr gehauen werden, und wer etwas in eine Unternehmung hineinsteckt, will auch etwas herausbekommen. Aber das Wirtschaften ist eingebettet in eine Welt, deren höheres Ideal mit „Recht und Gerechtigkeit“ zu umschreiben ist. Oberster Garant einer solchen gerechten Ordnung ist Gott. Wenn der Arme wegen eines heranrückenden Erlassjahres keinen Kredit bekommt, so ruft er nach Dtn 15,9 zu diesem Gott und der legt es als Schuld auf den hartherzigen Kreditgeber.

In manchen Debatten um die Verschuldung von Ländern wie Griechenland bekommt man den Eindruck, ausschließlich die verschuldeten Länder seien das Problem oder die Griechen seien faul und korrupt. Biblische Texte, die sich mit Verschuldung der Menschen, tun sprechen aus einer Perspektive des Leidtragenden der Schulden.

Spr 22,7 formuliert nüchtern:

Der Reiche herrscht über die Armen, und wer Darlehen nimmt, wird Sklave dessen, der verleiht.

Wer reich ist, der kann Darlehen zu vergeben. Dieses Vermögen macht ihn zu jemand, der Macht ausüben kann. Das Wort Vermögen hat ja auch die Doppelbedeutung. Da vermag jemand etwas, weil er Vermögen hat. Die Reichen können die Armen zu ihren Sklaven machen. Verschuldung ist also ein Herrschaftsinstrument, das machtförmigen Charakter hat. Darin drückt sich eine nach wie vor noch aktuelle Erfahrung aus, dass nämlich der Schuldner bedroht ist, nicht aber der Kreditgeber.

Aber die biblischen Texte halten die Erinnerung wach, dass die Gläubiger keineswegs immer nur in der Rolle derjenigen sind, die inständig um Darlehen gebeten werden müssen. Man kann an den Schulden der Schuldner reich werden! Die Vergabe von Krediten ist deshalb auch kein Akt des Edelmuten, sondern ist interessenbedingt.

Verschuldung ist das Kernproblem antiker bäuerlicher Gesellschaften. Verschuldung, die sich zur massenhaften Überschuldung auswächst, kann die Grundlagen der Gesellschaft zerstören. Als in Israel und Juda seit dem 8. Jh. eine Entwicklung sichtbar wird, die in der Tat den Zusammenhalt der Gesellschaft bedroht, werden erstmals Rechtssätze kodifiziert.

Die Hebräische Bibel kennt Gegeninstrumente zur Verschuldung: den Schuldenerlass und die Befreiung der Schuldklaven und Schuldklavinnen. Es gibt zahlreiche Belege dafür, dass das siebenjährige Erlassjahr des Deuteronomium (Dtn 15,1-11) praktiziert wurde, während eine andere Bestimmung des Jubeljahres mit einer Landreform, Schuldenerlass und Befreiung der Schuldklaven alle fünfzig Jahre wohl eher programmatischen Charakter hatte (Lev 25). Der Schuldenerlass in Dtn 15 regelt nicht nur einen Schuldenerlass sondern auch ein Darlehensgebot. Der Gefahr bestand real, dass bei herannahendem Erlassjahr keine Kredite mehr fließen. Diesem Problem konnte Dtn 15,7 nur mit einem dringlichen Appell zum willigen Geben entgegenwirken. Dass die Jesus-Bewegung diesen Gedanken später zustimmend aufnimmt („leiht, wo ihr nichts zu erwarten habt“, Lk 6, 35), belegt, dass der Schuldenerlass gesellschaftliche Praxis war.

Die Vater-unser-Bitte „vergib uns unsere Schuld-en“ gehört in diese Erlassjahrtradition. Sie ist ein Notschrei und drückt eine jahrhundertelange Erfahrung der Menschen mit Schulden

und Verschuldung aus. Die Versicherung „... wie auch wir vergeben unseren Schuldigern“ meint die Bereitschaft zur gegenseitigen Schuldenstreichung. Außerbiblisch meint das griechische Wort „Schulden“ eindeutig die „Geldschuld“. Die Bitte um die Schuldenvergebung wird im Griechischen im Matthäusevangelium also mit dem Fachbegriff des Schuldenerlasses formuliert. Bei Lukas wird jedoch von Sünden und Sündenvergebung gesprochen. Die aramäische Sprache, die Jesus verwendete kennt einen weiten Begriff von Schuld und Schulden, der sich auf alles bezieht, was Menschen einander schulden - auch die moralische Schuld und die ökonomische. Sie umfasst deshalb die moralisch-sittliche Pflicht gegenüber Gott und den Mitmenschen. Zur Zeit Jesus wurde mit dem aramäischen Begriff „Sünde“ und auch materielle Schulden gemeint. Deshalb ist die Vater-unser-Bitte so zu interpretieren: Gott möge uns unsere Schulden ihm gegenüber erlassen, wie wir sie erlassen haben unseren Schuldnern, gleich was sie uns schulden.

Die Vater-unser-Bitte fasst Jahrhunderte lange Erfahrungen im Umgang mit Schulden zusammen, die bis in das zweite vorchristliche Jahrtausend nach Mesopotamien zurückreichen. Schuldenerlasse wurden dort erstmals praktiziert und haben wohl auch die biblischen Schuldenerlasse inspiriert. – Übrigens wurde die Entschuldung eines Schuldners dadurch bestätigt, dass der befreite Schuldner „Halleluja“ ausrief und sein Kopf mit Öl gesalbt wurde.

Der biblische Umgang mit Schulden und Verschuldung geht von einer doppelten Grundorientierung aus:

- eine eindeutige Vorzugsregel: Die Logik der Humanität erhält einen unbedingten Vorrang gegenüber anderen Ansprüchen. Konkret bedeutet dies bei der Verschuldung: Lebensrechte der Menschen haben Vorrang vor dem Geld- und Kreditinteressen;
- das Freiheitspostulat: Die Herrschaft und Macht, welche Humanität bedroht muss begrenzt werden. Konkret bedeutet dies, die Macht der Kreditgeber gegenüber den Schuldnern muss gezähmt werden, damit sich Freiheit entfalten kann.

Die Vater-unser-Bitte in der Tradition des biblischen Schuldenerlasses ist Ausdruck einer regelmäßigen Revolution, die Teil unserer Tradition ist: Die Bibel und der Koran der Muslime (*lailat al-bara*) dulden keinen Zins und fordern einen Schuldenerlass. Das zugrundeliegende jahrtausendealte und doch so erfrischend aktuelle ethische Grundanliegen der Religionen, an die heute zu erinnern sei, lautet: Das Geldsystem darf nicht über das Leben der Menschen herrschen.

Folgerung für eine Geldwirtschaft, die dem Leben dient

Schulden entstehen nicht, weil die „Griechen zu faul sind“ (BILD-Zeitung) oder wir „über unsere Verhältnisse leben“ (A. Merkel). Der Kapitalismus braucht die Verschuldung und kann ohne Verschuldung das Vermögen nicht vermehren. Da offensichtlich Verschuldung nicht nur erwünscht ist, sondern ein notwendiger Bestandteil des destruktiven Finanzkapitalismus ist, sollte sich niemand ethisch schuldig fühlen, wenn er verschuldet ist.

Das Wachstum der Schulden ist notwendig, damit sich Vermögen überhaupt vermehren kann und ist keine private Schuld, die auf ein Versagen von Schuldnern zurückgehen würde,

die über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Der einzelne, überschuldete Mensch steht genauso vor einem riesigen, unüberwindbaren Schuldenberg wie die Staaten.

Die Politik steht deshalb in Verantwortung für eine Finanzarchitektur. Die EKD hat in ihrer Erklärung zur Finanzkrise „Risse in der Mauer“ (2009) eine Basisformel für eine grundsätzliche Neuausrichtung formuliert, die so evident ist, dass sie genau dadurch auch die Verkehrtheit der herrschenden Finanzsysteme offenlegt:

„Eine ... globale Rahmenordnung braucht als Ziele

- eine Wirtschaft, die den Menschen heute dient, ohne die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu zerstören, sowie
- eine (Welt-)Gesellschaft, die die Verbesserung der Situation ihrer ärmsten und schwächsten Mitglieder zu ihrer vorrangigen Aufgabe macht, und
- schließlich ein Finanzsystem, das sich in den Dienst dieser Aufgabe stellt.“

Wenn der Kapitalismus die Schulden braucht, um Reichtum und Geldvermehrung überhaupt schaffen zu können und wenn ökonomisch Schulden immer ein Vermögen entsprechen, dann ist zu fragen: Wer sind die Schuldigen? Sind die Armen die Schuldigen, welche eine Schuld, die durch die Verschuldung entstanden ist, abzutragen haben? Oder sind die Reichen die an der Verschuldung schuldigen, denn sie konnten ihr Geld allein dadurch akkumulieren, dass die anderen sich verschuldet haben?

Auch heute wird wieder mit dem Kampf um die Rückzahlung der Schulden der seit Jahrtausenden alte Konflikt zwischen Arm und Reich ausgetragen und versteckt. Es gilt an die alte befreiende Einsicht zu erinnern: Mögen auch Einzelne oder auch ganze Staaten verschuldet sein, so sind sie dennoch nicht in einem moralischen Sinne schuld. Schuldig sind die, die sogar dann noch ihren Nutzen und Profit aus der Verschuldung ziehen wollen, wenn sie dadurch die in Not und Elend stürzen, ohne deren Verschuldung sie niemals hätten so reich werden können.

Wie ökonomisch die Verschuldung der einen spiegelbildlich dem Vermögen der anderen entspricht, so gibt es Schulden ohne moralische Schuld der Verschuldeten. Umgekehrt gilt vielmehr: Die Vermögenden stehen in Schuld der Verschuldeten, deren Verschuldung sie brauchen zur Mehrung ihres Vermögens. Auch das scheinbare subjektive „Fehlverhalten“ ist immer noch nützlich für den, der aus der Kreditvergabe seinen Gewinn ziehen kann. Die Vermögenden haben also denen zurückzuerstatten, denen sie ihren Reichtum tatsächlich verdanken. Ohne deren Schuld hätte ihr Reichtum gar nicht sich akkumulieren können. Der Gläubiger braucht den Schuldner.

Genau meinte Bert Brecht, wenn er sagte:

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an.

Und der Arme sagte bleich: „wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“

Erst ein Schuldenerlass würde diejenigen, die tatsächlich schuld an der Verschuldung sind und an der Verschuldung profitiert haben, in Pflicht nehmen. Die Auseinandersetzung um die Verschuldung ist ein Machtkampf zwischen dem Primat des Ökonomischen und dem Primat des Politischen. Wir wissen um die Würde des Lebens der Menschen und halten denen, die die kulturelle, ja zivilisatorische Errungenschaft des Sozialstaates opfern wollen, eine Befreiungstradition entgegen. Wir haben etwas zu verteidigen: Den Schutz der Menschen und besonders der Armen vor den Stürmen des entfesselten Kapitalismus.

Um der Gerechtigkeit willen brauchen wir diese Revolution, an die uns die Bibel erinnert. Eine tatsächliche Re-volution: also Rück-wendung auf den ursprünglichen Stand und die Rückführung der Mehrung des Reichtums auf Kosten anderer. Deshalb ist es Zeit, an die alte Weisheit der Religionen zu erinnern und einen Schuldenerlass zur Entschuldung der Verschuldeten durchzuführen. „Erlass uns unsere Schulden, wie auch wir denen vergeben, die uns etwas schuldig sind.“

Biografische Angaben

Prof. Dr. Franz Segbers
, Sozialethiker, Universität Marburg.

Franz.Segbers@online.de